

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 116-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.610

Eingereicht am: 02.06.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Hofmann (Bern, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 17

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 05.06.2014

RRB-Nr.: 1204/2014 vom 15. Oktober 2014
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**



BKW durchkreuzt Regierungspolitik

Der Regierungsrat wird beauftragt, als Mehrheitsaktionär die BKW dringend aufzufordern, aus der Gruppe der Rekursführer gegen das Messnetz «Uranet» auszutreten.

Begründung:

Im «Bund» vom 8.5.2014 war Folgendes zu lesen: «BKW, Axpo, KKW Gösgen und KKW Leibstadt AG wehren sich dagegen, ihren Kostenanteil am geplanten Messnetz «Uranet» zu übernehmen. Ursprünglich hätten noch im laufenden Jahr die ersten Sonden zur Messung der Radioaktivität in der Aare und im Rhein installiert werden sollen, und innerhalb Jahresfrist wären Sonden für ein erneuertes Luftüberwachungssystem bestellt worden».

Die genannten Organisationen haben gemeinsam einen Rekurs gegen den Bau des Messnetzes eingelegt.

Nach der Katastrophe von Fukushima war in der Schweiz klar geworden, dass die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung von Wasser bislang krass unterschätzt wurde. Dort, wo in Japan radioaktives Material ins Meer gelangte, befindet sich auch in Mühleberg die Aare, die anschlies-

send über den Bielersee durchs Mittelland fliesst. Insbesondere für Trinkwasserfassungen wäre eine radioaktive Verseuchung der Aare verheerend.

Im «Bund» vom 8.5.2014 steht weiter: «Der Fund von radioaktivem Cäsium aus Mühleberg im Bielersee warf vergangenen Sommer hohe Wellen. Zwar lag die Strahlung weit unter den Grenzwerten. Das anfängliche Rätselraten der Behörden über die Ursache der erhöhten Werte legte aber offen, dass gravierende Schwachstellen bei der Überwachung der Radioaktivität im Wasser bestehen.»

Es zeigt sich also, dass sich die Abgabe von radioaktiven Isotopen an die Aare auch im sogenannten Normalbetrieb als problematisch erweist. Deshalb hatte ich dazu am 10.9.2013 eine Interpellation eingereicht. Meine Recherchen ergaben damals, dass das AKW Mühleberg im Vergleich mit anderen schweizerischen AKW rekordhohe radioaktive Dosen an die Aare abgibt. Das wurde in der Regierungsantwort bestätigt.

Ein weiteres Zitat aus dem «Bund» vom 8.5.2014: «Dass die Messsysteme ungenügend sind, räumte der Bundesrat in der Antwort auf Vorstösse der Grünen offen ein. Die Regierung habe aber bereits am 15. Mai 2013 den Aufbau eines neuen automatischen Messnetzes sowohl für die Überwachung der Luft wie neu auch des Wassers beschlossen.»

Auch die BVE wurde in dieser Sache aktiv: Schon im Januar 2013 war sie der klaren Ansicht (Stellungnahme an das Ensi), die Abgabe von radioaktiven Substanzen durch das AKW Mühleberg an die Aare seien zu reduzieren und zu kontrollieren. Das steht in der Antwort auf meine oben angeführte Interpellation. Von letzterer ein Zitat aus der Antwort: «Der Regierungsrat erachtet die Bemühungen des AKW Mühleberg zur weiteren Reduktion der Abgabe radioaktiver Stoffe als notwendig und dringlich.»

Ein letztes Zitat aus dem «Bund» vom 8.5.2014: «Der Rekurs der Betreiber führt nun zu Verzögerungen, wie Sybille Estier, Leiterin der Sektion Umweltradioaktivität im Bundesamt für Gesundheit (BAG), auf Anfrage bestätigt.» Diese Verzögerungen betragen mindestens ein Jahr, vielleicht auch mehr. Das BAG erachtet die Einrichtung des vorgesehenen Messnetzes offensichtlich ebenfalls als dringlich.

Weshalb soll sich gerade die BKW aus der Gruppe der Rekursführer zurückziehen?

Mühleberg hat verschiedene Eigenschaften, die für die übrigen AKW der Schweiz nicht zutreffen:

1. Wie oben dargelegt wurde, erachtet es der Regierungsrat als dringlich, ein Messnetz einzurichten und die Abgabe von radioaktiven Stoffen zu reduzieren. Die Teilnahme der BKW am erwähnten Rekurs sabotiert somit ein Regierungsanliegen. Das zur Diskussion stehende Messnetz ist dabei eine Voraussetzung für alle weiteren Massnahmen.
2. Der BZ vom 6.5.2014 ist zu entnehmen, dass die BKW als Betreiberin des AKW Mühleberg die einzige derartige Firma in der Schweiz ist, in welcher der Kanton eine Mehrheitsbeteiligung hält.
3. Das AKW Mühleberg gibt, im Vergleich zu allen anderen Schweizer AKW, im Normalbetrieb weitaus am meisten radioaktive Substanzen an die Aare ab (vgl. oben).

Die alle Schweizer AKW betreffende Streitsumme ist, verglichen mit dem bei Mühleberg anfallenden Gewinn, (Frau Thoma in der BZ vom 19.4.2014: «Die AKW-Abschaltung reduziert den BKW-Gewinn um 120 Millionen pro Jahr») sehr gering: 350 000 Franken pro Jahr während 15 Jahren. Die BKW müsste davon nur einen Bruchteil zahlen. Wegen einer solchen Summe die Einrichtung eines dringend benötigten Messnetzes zu behindern bzw. zu verzögern, ist grobfahrlässig.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung: Der erwähnte Rekurs ist schon eingereicht. Das Verfahren läuft. Ein Rückzug eines Rekursteilnehmers ist nur am Anfang des Verfahrens sinnvoll.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat teilt die Ansicht des Motionärs, dass die Sicherheit, deren Messbarkeit und Überwachung im Zusammenhang mit Atomkraftwerken zentral sind. Bei allen strategischen und betrieblichen Entscheiden muss der Sicherheit zwingend oberste Priorität eingeräumt werden. Ob sich die BKW am konkret angesprochenen Rechtsverfahren beteiligt, oder nicht, hat hingegen keine direkten Auswirkungen, die sicherheitstechnisch relevant wären. Der Bundesrat hat kommuniziert, dass er das Messnetz im Wasser vorfinanzieren wird, damit durch das Rekursverfahren keine Verzögerungen in dieser Hinsicht eintreten. Es geht hier um einen rein verfahrenstechnischen Vorgehensentscheid, für den die Geschäftsleitung der BKW zuständig ist. Der Regierungsrat sieht keinen Anlass, sich in dieser Frage in die operativen Zuständigkeiten der BKW einzumischen.

An den Grossen Rat